

Der Hauptauschuß und die Vorgänge in Oesterreich.

Das Verbot des „Vorwärts“.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Hauptauschusses des Reichstags teilte der Vorsitzende Abg. Fehrenbach mit, der Reichskanzler sei mit Weiterführung der Besprechung der auswärtigen Fragen am kommenden Donnerstag einverstanden und werde hierzu erscheinen.

Von Seiten des Unterausschusses für Zensurfragen wurde sodann angeregt, die Sitzung ausfallen zu lassen, um dem Unterausschuß die Fortführung der Zensurerörterung zu ermöglichen. Gegen die Anregung wandte sich Abg. Ebert (Soz.) unter Hinweis auf das von den Zensurbehörden verfügte Erscheinungsverbot des „Vorwärts“ wegen Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich; diese Dinge machten eine sofortige Besprechung notwendig. Der Hauptauschuß pflichtete der Ansicht des Abg. Ebert bei.

Vor Eintritt in die Beratung dieser Frage teilte der Königlich württembergische Militärbevollmächtigte mit, die bei den letzten Verhandlungen erwähnte, stark gegen den Burgfrieden verstößende Schrift über den Papstfrieden sei beschlagnahmt und die Weiterverbreitung vom Stellvertretenden Generalkommando XIII. U.-K. verboten worden. Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Nach Eintritt in die Beratung erklärte Abg. Ebert (Soz.): Das Verbot des „Vorwärts“ setzt allen Zensurmaßnahmen die Krone auf. Während wir hier in Ruhe verhandelt haben, haben sich in Oesterreich und Ungarn hochpolitische Ereignisse abgespielt. Dort ist es im Anschluß an die Herabsetzung der Wehl- und Brotzation zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter angenommen und sich u. a. auch gegen das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gewandt haben. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Nachfrage hin Näheres darüber nicht mitteilen können, während dagegen die übrige Welt genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielt. Woher soll das Vertrauen zu den deutschen Behörden kommen, wenn das politische Leben in Händen der Militaristen liegt! Während schließlich andere Zeitungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn berichten konnten, ist der „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung verboten worden. Das ist eine starke Herausforderung der Sozialdemokratie. Der Deutsche Reichstag ist es seiner Würde schuldig, gegen die Beeinträchtigung der Freiheit der Berichterstattung der Presse energig Stellung zu nehmen.

Major Grau vom Kriegsministerium: Die hierher gelangten Nachrichten aus Oesterreich waren sehr widersprechend, und es bestand die Beforgnis, daß durch Verbreitung unzutreffender Nachrichten Beunruhigung erregt und unseren Feinden Waffen in die Hand geliefert werden. Deshalb erfolgte ein vorläufiges allgemeines Verbot, das übrigens gestern wieder aufgehoben worden ist. Der „Vorwärts“ hat trotz seiner vor 14 Tagen abgegebenen Zusicherung, sich künftig im Rahmen der Zensurverordnungen zu halten, das Zensurverbot durchbrochen. Deshalb mußte er gemäß der geltenden Praxis verboten werden.

Abg. Erzberger (B.) verlangte Aussetzung der Beratungen, damit der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes geladen werden und erscheinen können. Wir wissen nicht, wie es in Oesterreich aussieht, und bevor wir die dortigen Vorgänge weiter erörtern, müssen wir von amtlicher Stelle Auskunft darüber erhalten.

Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ Zensurbestimmungen übertreten habe; das Blatt sei verboten worden, weil es die Rede des österreichischen Genossen Victor Adler nachgedruckt habe. Das sei unerhört und ein Spiel mit dem Feuer.

Staatssekretär Ballraf hielt es im Augenblick nicht für möglich, die aufgeworfenen Fragen in ihrer weittragenden Bedeutung zu klären und dazu endgültige Erklärungen abzugeben. Die Vorgänge in Oesterreich würden wohl zweckmäßiger im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag behandelt werden.

Der Vorsitzende Abg. Fehrenbach unterstützte diese Auffassung und schlug vor, die Beratungen zwei Stunden zu unterbrechen und den Unterausschuß für Zensurfragen tagen zu lassen, alsdann nur das Verbot des „Vorwärts“ und die Zensurfragen zu erörtern, dagegen die Besprechung der österreichischen Vorgänge bis nach der Reichstagskanzlerrede zurückzustellen.

Dieser Vorschlag wurde, nachdem sich Abg. Haase (U. Soz.) kurz dazu geäußert und Major Grau betont hatte, daß der Kriegsminister als Militärbefehlshaber noch nicht mit dieser Sache befaßt war und das Verbot vom Oberkommando in den Marken ausgegangen sei, vom Hauptauschuß angenommen.

Die Abenditzung.

In der Abenditzung des Hauptauschusses sprach Staatssekretär Freiherr von dem Busche, der auf die Telegramme über die Streikbewegung in Wien und Budapest Bezug nahm. Seine Ausführungen waren vertraulich.

Die Debatte wendet sich darauf wieder den Zensurmaßnahmen bzw. dem Verbot des „Vorwärts“ zu.

Major Grau ergänzte seine früheren Ausführungen. Am Sonntagabend wurde der Zensurbehörde bekannt, daß zwei Berliner Blätter Artikel über Oesterreich-Ungarn vorbereitet hätten. Auf Vorstellung hat das eine Blatt den Artikel zurückgestellt, der „Vorwärts“ dagegen nicht, und sein Artikel enthielt Äußerungen, die eine Durchbrechung des Verbots darstellten, das erlassen war, weil Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn den Feinden Agitationsmittel hätten in die Hand geben können. Nicht nur von der Zensur, sondern auch von Pressevertretern wurde der „Vorwärts“-Artikel so aufgefaßt. Es ist richtig, daß auch andere Blätter gegen das Verbot verstößen haben; gegen sie wird eingeschritten werden, allerdings nicht mit einem Verbot.

Abg. Haase (U. Soz.): Da die österreichische Presse Mitteilungen über die Bewegung brachte, war das feindliche Ausland unterrichtet, die Maßnahmen der deutschen Zensur konnten also den beabsichtigten Zweck gar nicht erreichen. Das deutsche Volk sollte überhaupt nicht etwa objektiv unterrichtet, sondern in einer bestimmten Richtung beeinflusst werden. Und das geschah, während hier die lebhaftesten Klagen über die Maßnahmen der Zensur erhoben werden. Die Bewegung in Oesterreich-Ungarn ist offensichtlich eine ganz gewaltige, und bis heute weiß unsere Regierung noch nicht, wie die Dinge verlaufen werden. Das Verbot des „Vorwärts“ ist, wie viele andere, schändlich und unsinnig.

Abg. Gotthein (Bpt.): Die Zensur hat in diesem Falle mit traditioneller Ungeschicklichkeit gehandelt.

Abg. v. Graefe (kons.): Das Verbot, über Dinge in Oesterreich-Ungarn zu berichten, ist in der Tat nicht recht zu verstehen und unhängnisvoll.

Abg. Trimborn (Ztr.): Ein Verbot war in diesem Falle unnützlich, da das Ausland die Dinge doch erfährt und die Unruhe im Inland durch das Verbot nur gesteigert werden konnte.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.): Die Form, in der der „Vorwärts“ die Mitteilungen brachte, war aufreizender, als wenn geschrieben worden wäre: „Streikbewegung in Oesterreich“. Ist ein Verbot erlassen, so muß es auch gleichmäßig durchgeführt werden. Das können die Zeitungen in ihrem Geschäftsinteresse verlangen. Das allgemeine Verbot ist sehr bedenklich, gerade dann bilden sich die wildesten Gerüchte. Was uns jetzt amtlich mitgeteilt wird, ist doch beschämend dürftig. Auf die Art der amtlichen Berichterstattung müssen wir bei der ersten passenden Gelegenheit zurückkommen.

Abg. Freiherr von Camp (D. Fr.): Der Streik war ein Hungerstreik; das hätte man veröffentlichen sollen, damit nicht erst die falsche Auffassung entstehe, es handle sich um einen politischen Streik.

Abg. Scheidemann (Soz.): Drohungen haben wir nicht ausgesprochen, auch niemals früher. Die gute Absicht der Zensurstellen wollen wir nicht bestreiten; aber bisher haben alle Redner die Maßnahmen für verkehrt erklärt. Der Redner rechtfertigt die beanstandeten Stellen in dem Artikel des „Vorwärts“. Wenn sie falsch verstanden wurden, so lag es an der Verheimlichung der Tatsachen durch die Zensurmaßnahmen. Schlimm, wenn das Auswärtige Amt auf dergleichen amtliche Meldungen angewiesen ist. Nach dem eigenen Jugendskizzen des Majors Grau haben andere Zeitungen das Verbot übertreten, ohne verboten zu werden. Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche weist die Angriffe gegen das Auswärtige Amt zurück.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Beim „Vorwärts“ sollte die Gesinnung getroffen werden; es handelt sich um einen traffen Fall politischen Zensur.

Abg. Heine (Soz.): Es ist schwer zu glauben, daß das Auswärtige Amt so schlecht unterrichtet ist, wie es sich stellt. Wir wollen die inneren Zusammenhänge wissen. Die Zensur legt es darauf an, die öffentliche Meinung in Deutschland zu belügen. Was hat der Streik mit der Kriegführung zu tun? Nervenberuhigung wird auch auf diese Weise nicht geschaffen, sondern das Vertrauen wird nur untergraben.

Major Grau: Schwerwiegende militärische Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur verhindert ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dieser Standpunkt ist von der Presse stets gewürdigt worden. Von Spitzerei ist keine Rede. Das Generalkommando hatte keine Kenntnis, daß im „Vorwärts“ ein Artikel vorbereitet werde, sondern hat den „Vorwärts“ lediglich auf das Verbot aufmerksam gemacht. Ueber das Wiedererscheinen schweben Verhandlungen. Es wird voraussichtlich demnächst erfolgen.

Abg. Dove (Bpt.): Die Tatsache des Streiks besteht. Unsere Regierung muß sich doch genau informieren, und zwar täglich. Hoffentlich geschieht dies bis zur politischen Debatte. Was wir hier erledigen, ist ein Musterbeispiel, wie es nicht gemacht werden darf.

Abg. Dr. David (Soz.): In der Türkei ist der Belagerungszustand aufgehoben. Was die Türkei konnte, kann das Deutsche Reich auch.

Abg. v. Graefe (kons.): Das Verbot des „Vorwärts“ war die logische Folge des allgemeinen Verbots.

Weiterberatung: Mittwoch.